

Inhalt

A. Einleitung	9
B. Der Verfassungsstaat in der Weltwirtschaftsgesellschaft	15
I. Das Traditionsfundament des Verfassungsstaates	15
1. Der Verlust des nationalstaatlichen Horizonts	15
2. Staat und Politik als Repräsentanten gesellschaftlicher Einheit	16
a) Der Mensch als Selbstschöpfer	16
b) Die liberale und die kommunitäre Freiheitsauffassung	17
c) Individuelle Freiheitsrechte und Demokratie als institutionelle Formen der beiden Freiheitsvarianten ..	17
d) Verfassung als Ausdruck gesellschaftlicher Einheit	18
II. Der Untergang des politischen Primats in der Weltgesellschaft	19
1. Die Entbehrlichkeit von Kollektiven in der selbst- regulativen Wirtschaftsordnung	19
2. Übergang von der Konstellation geschlossener Staaten zur Wirtschaftsgesellschaft der einen Welt	20
III. Primat der Wirtschaft als Konsequenz der Globalisierung?	20
1. Gesellschaft als Zusammenhang eigenwilliger Funktionssysteme	20
2. Evolutionäre Führung des Wirtschaftssystems?	22
IV. Supranationalität als Ordnungsrahmen für den Wettbewerb politisch integrierter Gemeinschaften	23
V. Wirtschaftsliberalität als Freiheitsgarantie	24

VI. Die Unmöglichkeit bedingungsloser Wirtschafts- liberalität	26
1. Der Nachtwächterstaat als Zukunftsmodell?	26
2. Sicherung der Markt Voraussetzungen und Marktbedingungen	26
3. Marktsuprematie als Gegner kommunitärer Freiheit	27
VII. Kein starker Staat, aber ein Ensemble handlungsfähiger Staaten	30
1. Am Ende des neuzeitlichen Staatsparadigmas	30
2. Ein Modell offener Verfassungsstaatlichkeit.	31
a) Art. 23 GG und sein Gebot der entwicklungs offenen Strukturkongruenz	31
b) Die Unvereinbarkeit der Weltstaatsidee mit dem Demokratiekonzept	32
c) Offene Staaten als unentbehrliche Zurechnungspunkte demokratischer Verantwortung	33
d) Die Illusion der Geborgenheit in großen Staaten	34
VIII. Gewaltenteilung und institutionelles Gleichgewicht	36
IX. Grundrechte in offenen Herrschaftssystemen	38
X. Die innere Beziehung des Staates zur Wirtschaft	41
1. Selbstständige Geldwirtschaft als Voraussetzung moderner Staatlichkeit	41
2. Grenzen der Besteuerungsgewalt	42
XI. Standortwettbewerb und Steuergerechtigkeit	44
XII. Ausblick	49
C. Verschiebung oder Auflösung von Grenzen: Zur Bedeutung der Staatsgrenzen für das sich ausweitende Europa	51
I. Die Grenze als Voraussetzung für den modernen Staat ...	51
II. Die Staatsgrenze als kontingente Setzung neuzeitlichen Denkens	52
III. Die Überschreitung der neuzeitlichen Begriffs- architektur	54

1. Herrschaftsausdehnung durch Auflösung von Staatsgrenzen.....	54
2. Die europäische Integration – gewagtes Spiel mit Staatsgrenzen	55
IV. Offene Staaten und ihre Grenzen	62
V. Die Verwandlung der materialen Staatsgrenze in eine Rechtszuordnungsgrenze.....	67
D. Die Europäische Grundrechtscharta – Wertekonsens in Rechtsform	71
I. Werte – sakrosankter Gemeinschaftsglaube?.....	71
II. Politische und rechtliche Fragen einer Grundrechts-Charta	73
III. Verbindlichkeitsanspruch.....	74
IV. Die Bindungsrichtung der Charta – Wer ist der Verpflichtungsadressat?.....	75
V. Normenkontrolle am Maßstab der Charta.....	76
VI. Direkte Grundrechtsrüge vor dem EuGH?.....	77
VII. Kooperation der Verfassungsgerichte im überstaatlichen Verbund	78
VIII. Volksabstimmung über eine Grundrechts-Charta? – Plebiszite sind keine Akklamationseinrichtungen	79
IX. Flankierung der Grundrechts-Charta durch Anpassung organisationsrechtlicher Vertragsgrundlagen	80
X. Wachstum als Integrationsstrategie und Problem	82
XI. Wachstumssteuerung durch Grundrechtsbindung	82
XII. Risiken einer stärkeren Wertbindung der Gemeinschaftsgewalt	83
E. Ist die Staatswerdung Europas unausweichlich?	86
I. Die EU auf der Suche nach ihrer Identität.....	86

II. Zielvorstellungen der europäischen Einigung	87
1. Der Bundesstaat	87
2. Supranationalität als offene Herrschaftsform	88
III. Souveränität als alter und neuer Schlüsselbegriff	88
IV. Die Entwicklung der Gemeinschaftsorgane	98
V. Neues Denken für die Verfassung übernationaler Gemeinschaften	99
F. Die Möglichkeit von Verantwortungszurechnung in offenen politischen Systemen	100
I. Verantwortung in aller Munde	100
II. Verantwortung als Verfassungsstruktur	103
III. Das Institutionelle der Verantwortungsidee	105
IV. Voraussetzungen wirksamer Verantwortungs- zurechnungen	108
V. Die geteilte Verantwortung: normatives Leitprinzip des kooperativen Verwaltungsstaates?	111
VI. Die Institution der Verantwortung als Grenze staatlich gelenkter Kooperation	113
VII. Verantwortung als Voraussetzung von Demokratie	116
VIII. Freiheit und Verantwortung – Nähe und Ferne	117
G. Der juristische Begriff des Politischen	120
I. Das Bild des Rechts von der politischen Welt	120
II. Carl Schmitt und sein politischer Begriff des Politischen	123
III. Der Bedarf nach einem Politikbegriff im Recht	126
IV. Staat und Weltgesellschaft	129
V. Öffentliche Gewalt, Demokratie und Recht	131
Literatur	139